Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/1217

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die 81. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 14. Dezember 1966

I. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

Abgeordneter **Kubitza**

Ist die Bundesregierung heute in der Lage, mir meine Frage XV/6 aus der Drucksache V/760 betr. des von der ARD zur Begründung von höheren Fernsehgebühren vorausberechneten Defizits zu beantworten?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Wann wird die Bundesregierung einen Gesetzentwurf hinsichtlich einer Beseitigung der Nachteile, die jungen Beamten durch die Ableistung des Grundwehrdienstes erwachsen (vgl. den Bericht der Frau Vorsitzenden des Petitionsausschusses in der 73. Sitzung des Deutschen Bundestages), beim Deutschen Bundestag einbringen?

III. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

III. 1. Abgeordneter **Bühler**

Was gedenkt das Auswärtige Amt zu tun, wenn der Mietvertrag zwischen Frau Aenne Schlüter, Bad Godesberg, Rheinallee 25 a, und der Türkischen Botschaft in Bad Godesberg am 31. Dezember 1966 abläuft, ohne daß das Anwesen geräumt wird?

III. 2. Abgeordneter **Bühler**

Ist dem Auswärtigen Amt bekannt, daß ein vom Gericht benannter Sachverständiger zwar ein Gutachten über die angemessene Miete erstattet hat, das der Forderung der Vermieterin einigermaßen Rechnung trägt, daß aber die Botschaft der Ansicht ist, es sollte von ihr selbst ein neuer Sachverständiger benannt werden, ein Verfahren, das angesichts des oben erwähnten Termins nicht bejaht werden kann?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg,
Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

III. 3. **Abgeordneter Bühler**

Wer ersetzt Frau Schlüter den Schaden, wenn sie dieses Haus, für das eine entsprechende Konzession vorhanden ist, trotz vorteilhafter Angebote namhafter Gastronomen nicht vermieten kann?

III. 4. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu dem Vorschlag des italienischen Außenministers Fanfani, einen Zehnjahresplan für Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Technologie, kurz „Neuer Marshallplan für Technologie" genannt, innerhalb Europas zu schaffen, ein?

III. 5. **Abgeordneter Dr. Rinderspacher**

Trifft die im Stern vom 4. Dezember 1966 (Seite 36) aufgestellte Behauptung des KZ-Arztes Dr. Schumann zu, daß deutsche Diplomaten nicht nur von seiner Tätigkeit in Liyubu wußten, sondern mit ihm dort sogar zur Jagd gegangen sind?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

IV. 1. **Abgeordneter Erhard (Bad Schwalbach)**

In welcher Weise gedenkt die Bundesregierung der ab 1. Januar 1967 eintretenden weiteren Wettbewerbsbenachteiligung deutscher Unternehmer zu begegnen, die durch das französische Umsatzsteuerrecht (Wegfall der Kraftfahrzeugsteuer) eintritt?

IV. 2. Abgeordneter **Dr. Giulini**

Hat die Bundesregierung eine fiskalische Möglichkeit zu verhindern, daß Behörden nur darum zweckgebundene Mittel in einem Rechnungsjahr ausgeben, um sicherzustellen, daß auch im folgenden Rechnungsjahr solche Mittel gewährt werden?

IV. 3. **Abgeordneter Dr. Giulini**

Wäre es im Sinne der Rationalisierung der Etatmittelausgaben nicht sinnvoller, nach Bedarfsprüfung für jedes Rechnungsjahr zweckgebundene Etatmittel zu gewähren?

IV. 4. Abgeordneter **Dr. Giulini**

Kann der Bundesrechnungshof prüfen und sicherstellen, daß die in Frage IV/2 geschilderte Lage und Übung verhindert wird?

IV. 5. **Abgeordneter Dr. Friderichs**

Ist sich die Bundesregierung bewußt, daß der Erlaß des Bundesfinanzministers vom 14. Oktober 1966 an die Hauptzollämter, der vorsieht, daß alle Einsprüche gegen die Erhebung der Umsatzausgleichsteuer zurückzuweisen sind, soweit eine Zustimmung zur Erhebung einer Sprungklage gemäß § 45 Finanzgerichtsordnung nicht zu geben ist, dazu führt, daß für die Betroffenen Kosten entstehen, die in der Regel viermal so hoch sind wie bei dem bisher bewährten Verfahren, nach dem Einsprüche bis zur Erledigung von Musterprozessen zurückgestellt werden?

IV. 6. Abgeordneter **Dr. Friderichs**

Hält es die Bundesregierung für vereinbar mit rechtsstaatlichen Prinzipien, wenn Staatsbürger von Behörden durch ein nicht notwendiges Kostenrisiko in der Verfolgung ihrer Rechte behindert werden?

IV. 7. Abgeordneter **Dr. Friderichs**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um einen Stillstand der Rechtspflege bei den Finanzgerichten zu verhindern, die auf Grund des Erlasses des Bundesfinanzministers vom 14. Oktober 1966 mit Klagen überschwemmt werden?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

V. 1. Abgeordneter **Dr. Pohle**

Welches ist die von der Bundesregierung für notwendig oder zweckmäßig gehaltene Rangordnung der Aufgaben, die in dem für die nächsten Jahre bestimmten Arbeitsprogramm der EWG-Kommission vorgesehen sind?

V. 2. Abgeordneter **Dr. Pohle**

Welche Konzeption hat die Bundesregierung für die in das Arbeitsprogramm der EWG-Kommission aufzunehmende Entwicklung der gemeinsamen Industriepolitik (u. a. Gesellschaftsrecht, Konzentration, Regionalpolitik, sektorale Strukturpolitik)?

V. 3. Abgeordneter **Dr. Pohle**

Steht die Auffassung der Bundesregierung zur Rangfolge der Aufgaben und zur Entwicklung einer gemeinsamen Industriepolitik bei den zuständigen Gremien der EWG bereits zur Diskussion?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

VI. 1. Abgeordneter **Picard**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Abwanderung der Warmblutpferdezucht ins Ausland zu verhindern?

VI. 2. Abgeordneter **Josten**

Wie steht die Bundesregierung zu dem Wunsch des Weinbauausschusses des Landtages von Rheinland-Pfalz, daß bei den Beratungen zur EWG-Weinmarktordnung in Brüssel ein hochqualifizierter Weinbaufachmann aus Rheinland-Pfalz hinzugezogen wird?

VI. 3. Abgeordneter **Josten**

Ist die Bundesregierung bereit, für den vorgesehenen Sanierungsplan der Landesregierung Rheinland-Pfalz für das Ahrweinbaugebiet entsprechende finanzielle Mittel in den kommenden Jahren zur Verfügung zu stellen?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

VII. 1. Abgeordneter **Erhard (Bad Schwalbach)**

Hält es die Bundesregierung für vertretbar, daß bei Betriebswahlen die Verletzung des Wahlgeheimnisses, begangen in der Absicht, sich Kenntnis davon zu verschaffen, wie jemand gewählt hat, nicht mit Strafe bedroht ist?

VII. 2. Abgeordneter **Porten**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Bundesversicherungsamt (Berlin) trotz vielseitiger Bemühungen der Selbstverwaltung die Satzung der Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel und Genuß noch nicht genehmigt hat?

VII. 3. Abgeordneter **Porten**

Billigt die Bundesregierung die Begründung der Verzögerung der in Frage VII/2 erwähnten Satzungsgenehmigung des Bundesversicherungsamtes?

VII. 4. Abgeordneter **Porten**

Was gedenkt die Bundesregierung zu veranlassen, um die Durchführung des Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetzes, insbesondere § 725 RVO, in der Selbstverwaltung und der Verwaltung der Berufsgenossenschaften zu gewährleisten?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

VIII. 1. Abgeordneter **Biechele**

Kann die Bundesregierung die Feststellungen des Automobilclubs von Deutschland (AvD) und des Deutschen Motorsport-Verbandes (DMV) bestätigen, daß die meisten Unfälle mit Schulkindern deswegen passieren, weil Hunderttausende von Kindern, zu Fuß und mit dem Fahrrad auf dem Weg zur Schule, auf die morgendlichen Stoßzeiten des Verkehrs treffen, weil Betriebsbeginn und Unterrichtsanfang zu nahe beieinander liegen?

VIII. 2. Abgeordneter **Biechele**

Teilt die Bundesregierung die Meinung der in Frage VIII/1 genannten Organisationen, daß die in Frage VIII/1 erwähnten Gefahren wesentlich vermindert werden könnten, wenn man den Schulbeginn um ½ Stunde verschieben würde?

VIII. 3. Abgeordneter **Biechele**

Ist die Bundesregierung ggf. bereit, mit den Ländern über das in Frage VIII/1 erwähnte Problem zu sprechen, um für die Schulkinder bessere Verhältnisse zu gewährleisten?

VIII. 4. Abgeordneter **Picard**

Wann ist mit dem Weiterbau der B 45 neu zwischen der Autobahnabfahrt bei Weiskirchen—Dieburg zu rechnen?

VIII. 5. Abgeordneter **Picard**
Wie ist der Stand der Planung und der Finanzierung für die in Frage VIII/4 genannte Strecke?

VIII. 6. Abgeordneter **Erhard (Bad Schwalbach)**
Ist die Bundesregierung bereit, ausländische Lastkraftwagen, die in die Bundesrepublik einfahren wollen, an der Grenze zurückzuweisen, wenn diese für den Bereich ihres Heimatlandes wegen Überschreitung der Inlandsnormen (z. B. zu hohes Gewicht) nicht zugelassen sind?

VIII. 7. Abgeordneter **Hofmann (Kronach)**
Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn eine termingerechte Bereitstellung der KDS-Waggons für staubförmige Materialien nicht garantieren bzw. derartige Wagen nicht mietweise zur Verfügung stellen kann?

VIII. 8. Abgeordneter **Hofmann (Kronach)**
Trifft es zu, daß sich die Industrie ausländischer Privatwagen bedienen muß, die kostenpflichtig zum Verladeort befördert werden, während die dafür nur in beschränkter Stückzahl zur Verfügung gestellten Waggons der Deutschen Bundesbahn frachtfrei retourniert werden?

VIII. 9. Abgeordneter **Hofmann (Kronach)**
Ist die Bundesregierung bereit, falls die oben angeführten Fragen VIII/7 und 8 mit einem Ja beantwortet würden, diesen Gegebenheiten entgegenzuwirken und eine Änderung herbeizuführen?

VIII. 10. Abgeordneter **Brück (Holz)**
Trifft die Meldung der Deutschen Verkehrs-Zeitung vom 24. November 1966 zu, daß die Hohe Behörde der Montanunion zwei Anträge der Bundesregierung auf Einführung von Als-ob-Tarifen der Deutschen Bundesbahn für die Ausfuhr französischer und saarländischer Kohle über deutsche Seehäfen nach dritten Ländern abgelehnt hat?

VIII. 11. Abgeordneter **Logemann**
Ist der Bundesregierung bekannt, daß Schüler auf dem Lande, die gezwungen sind, auf ihren Schulwegen mit dem Fahrrad oder zu Fuß verkehrsreiche Bundesstraßen und andere Landstraßen zu benutzen, immer häufiger Opfer von Verkehrsunfällen werden?

VIII. 12. Abgeordneter **Logemann**
Ist die Bundesregierung bereit, in Zusammenarbeit mit den Ländern besondere Schutzmaßnahmen zur Sicherheit der Schulkinder auf ihren Schulwegen zu treffen?

VIII. 13. Abgeordneter **Logemann**
Werden als geeignete Schutzmaßnahmen auf den in Frage VIII/11 genannten Straßen u. a. die Einführung von Geschwindigkeitsbegrenzungen, die Anlage von Radfahrwegen, von Schülerüberwegen und das Tragen von im Verkehr auffallenden Schülerschutzkleidern gefördert werden?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung

IX. 1. Abgeordneter **Kulawig**

Welche Aussichten hat die Bundesrepublik, bei der Entscheidung über die Standortwahl für das Projekt eines 300 GeV — Protonensynchrotons der Europäischen Organisation für Kernforschung, neben zahlreichen anderen Mitgliedstaaten von CERN, die ebenfalls Standortvorschläge gemacht haben, berücksichtigt zu werden?

IX. 2. Abgeordneter **Kulawig**

Welchen der drei in der Bundesrepublik in Frage kommenden Standortvorschläge für das in Frage IX/1 genannte Projekt — Ebersberger Forst bei München, Drensteinfurth im Lande Nordrhein-Westfalen, Neufonweiler im Saarland — gedenkt die Bundesregierung CERN zu benennen?

IX. 3. **Abgeordneter Kulawig**

Wie beurteilt die Bundesregierung die Faktoren, die für die Wahl des saarländischen Standorts für das in Frage IX/1 genannte Projekt sprechen: die geologischen Voraussetzungen, günstiger Bodenerwerb, die Möglichkeit einer deutsch-französischen Gemeinschaftsanlage, die strukturverbessernde Wirkung für das gesamte Saarland?

IX. 4. **Abgeordneter Moersch**

Was beabsichtigt die Bundesregierung zur Verbesserung der Beziehungen zu Polen im Bereich der Wissenschaft und Technik entsprechend den Erklärungen des polnischen Ministers Olszewski (Neue-Ruhr-Zeitung Nr. 284 vom 7. Dezember 1966) zu tun?

Bonn, den 9. Dezember 1966